Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Aktionsplan Inklusion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rhein-Sieg-Kreis wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen die Maßnahmeempfehlungen schrittweise umzusetzen. Über die Freigabe von Haushaltsmitteln für einzelne Umsetzungsschritte aus dem bei Produkt 0.50.40 gebildeten Ansatz von 30.000 € entscheidet der Ausschuss für Inklusion und Gesundheit auf Vorlage der Verwaltung.